



Nora Marie
Zaremba

FDP setzt auf Klimapolitik

Auf dem heute in Berlin beginnenden FDP-Bundesparteitag wird Klimapolitik im Fokus stehen. Der Bundesvorstand hat einen Antrag eingebracht, die Ausweitung des Emissionshandels spielt darin eine Hauptrolle. Die Grünen aber nehmen der FDP ihr neues Klimainteresse noch nicht ganz ab.

Mit der Jamaika-Koalition hat es damals auch nicht geklappt, weil zwischen FDP und Grünen in der Klimaschutzpolitik Welten liegen. So dürfte es bis heute sein, doch laut **Michael Theurer** hat die FDP ihre klimapolitischen Positionen seit den Jamaika-Sondierungen vertieft. „Wir bieten damit eine **echte Alternative zu den Grünen** an“, sagt der für Energiepolitik zuständige FDP-Bundestagsfraktionsvize vor dem heute beginnenden Bundesparteitag in Berlin. Theurer verweist dabei auf den [Klima-Antrag des Bundesvorstandes](#), der dort auch eine zentrale Rolle spielen soll.

Gleich zu Beginn des Antrages findet sich jener Vorschlag, der derzeit in der Energieszene diskutiert wird: Die **Ausweitung des Emissionshandels** als eine Möglichkeit der CO₂-Bepreisung. „Im Verkehr sowie im Bereich Gebäude/Wärme ist die Einführung des Emissionshandels unkompliziert und **vor allem unbürokratisch** auf der ersten Handelsebene möglich“, heißt es in dem Antrag.

FDP will mit Ausweitung national beginnen

Im Gegensatz zur **Mittelstandsvereinigung der Union (MIT)**, die für eine Ausweitung des Emissionshandels **EU-weit** plädiert, spricht sich der FDP-Bundesvorstand im Antrag dafür aus, mit dem deutschen Verkehr- und Wärmesektor zu beginnen. Diese Möglichkeit sei prinzipiell über **Artikel 24 der Emissionshandelsrichtlinie** möglich. „Die EU-Kommission würde dem auch zustimmen“, sagt **Jürgen Hacker**, Vorsitzender des Bundesverbands Emissionshandel und Klimaschutz. Er ist überzeugt, dass andere EU-Staaten sofort nachziehen, wenn Deutschland mit der Integration des nationalen Verkehr- und Wärmebereichs in den EU-Emissionshandel startet.

Dem FDP-Bundesvorstand gilt die Ausweitung des Emissionshandels zudem als **sozial vertretbare CO2-Bepreisung**. **Lukas Köhler**, klimapolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, führt in seinem Standpunkt weiter unten aus, wie die Ausweitung funktionieren könnte.

Weiteres Thema im Klima-Leitantrag ist die Auflegung eines Investitionsprogramms, um Forschung und Entwicklung von Technologien insbesondere im Bereich der **CO2-Vermeidung, -Nutzung und -Speicherung** zu unterstützen. „Es geht ja gerade darum, allen Technologien eine Chance zu geben. Wir müssen weg von dieser Verbotsdiskussion rund um das Thema Klimaschutz“, sagt Theurer. Klimaexperte **Köhler**, verweist auf die Rolle von CCS in den Berichten des **Weltklimarates IPCC**. „Keiner der Pfade kommt ohne CO2-Speicherung aus, nur der erste kommt ohne technische Abscheidung aus“, sagte Köhler jüngst im Gespräch mit Tagesspiegel Background. „Es gibt technologische Möglichkeiten, die wir **erkennen und nutzen sollten**, damit wir das Klima schützen.“ Er könne nur den Kopf darüber schütteln, dass bei CCS in Deutschland so viel Ablehnung herrsche.

Vorschläge der Kohlekommission seien ein „Irrweg“

„Klimaschutz wird auch langfristig für uns ein Thema bleiben“, sagt Theurer. Soll heißen: Die Partei hat sich nicht nur deswegen Gedanken gemacht, weil derzeit massenhaft Schüler für den Klimaschutz auf die Straße gehen und die Grünen **einen Höhenflug** erleben. Theurer verweist da auch auf **Hans-Dietrich Genscher**, der als Innenminister das Thema auf die Tagesordnung gesetzt habe. Er habe auch eine wichtige Rolle bei der **Gründung des Umweltbundesamts** gespielt.

Mit der derzeitigen Klimapolitik ist die FDP alles andere als zufrieden. Die **Vorschläge der Kohlekommission** bezeichnet Theurer als „planwirtschaftlichen Irrweg“, der dem Klima mit Sicherheit nichts bringen werde. „Da wurden alle Bedenken der schwarz-gelben Regierung in Nordrhein-Westfalen systematisch überhört.“ Die FDP will bei der ablehnenden Haltung gegenüber dem Kohlekompromiss bleiben. „Deswegen werden wir genau prüfen, was konkret im **Gesetzespaket zum Strukturwandel** und Kohleausstieg steht.“

Dass die FDP behauptet, ihre klimapolitischen Positionen weiterentwickelt zu haben, sieht **Ingrid Nestle**, Sprecherin für Energiewirtschaft der Grünen-Bundestagsfraktion, skeptisch. Sie verweist auch auf die Idee der Ausweitung des Emissionshandels. Es sei ein „**Pseudoinstrument**“, welches der Industrie die Versäumnisse des Verkehrssektors aufbürde und sich gar nicht durchsetzen ließe. „Aber da die FDP den Klimaschutzeffekt des Emissionshandels preist, sollten wir doch gemeinsam dafür einstehen, das bestehende **Cap abzusenken**, damit es mit dem Pariser Klimaabkommen kompatibel ist“, lautet Nestles Angebot.